



## Berufsbildungsforschung: Selbstverständnis einer Disziplin im historischen Rückblick

► Die Berufsbildungsforschung ist durch eine Vielzahl an Akteuren, Forschungsfeldern, Gegenständen, Fragestellungen und Entwicklungsaufgaben charakterisiert. Sie besitzt demnach ein sehr breites Profil, das sich zusehends ausdifferenziert. Ihr zentraler Anspruch ist es, den Zusammenhang von Beruf, Erwerbsarbeit und Bildung zu erforschen. Diese Aufgaben profilieren nicht erst seit den 1960er-Jahren ihr Selbstverständnis. Vielmehr reicht ihre Geschichte bis in die vorindustrielle Zeit zurück. Welche Leitmotive die Entwicklung des Selbstverständnisses der Berufsbildungsforschung seit der Industrialisierung Deutschlands maßgeblich beeinflussten, wird im Beitrag an zwei Beispielen beleuchtet, die auf je eigene Weise berufsbildungsgeschichtlich bis in die Gegenwart bedeutsam sind: das Kaiserreich und die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.



**GÜNTER PÄTZOLD**

Prof. Dr., Lehrstuhl für Berufspädagogik  
der Universität Dortmund



**MANFRED WAHLE**

PD Dr., wiss. Mitarbeiter am Institut für  
Berufs- und Weiterbildung der Universität  
Duisburg-Essen

### Berufsbildungsforschung im Kaiserreich: Das Beispiel des Vereins für Sozialpolitik

Die Berufsbildung stand im Lauf des 19. Jahrhunderts immer stärker im Spannungsfeld von althergebrachten und neuen Orientierungen, Optionen und Bedarfen (vgl. PÄTZOLD/WAHLE 2009). Der wachsende Anspruch, eine zeitgerechte Lösung der im Industrialisierungsprozess zusehends problematischer gewordenen Berufsbildungsfrage herbeiführen zu wollen, beflügelte im Kaiserreich eine immer breitere ausbildungspolitische Debatte (vgl. WAHLE 2007). In diesem Kontext spielte der im Oktober 1873 gegründete Verein für Socialpolitik (VfS) bei der Diskussion der zeitgenössischen sozial-, wirtschafts- und berufsbildungspolitischen Reformkonzepte eine zentrale Rolle. Zu den Gründern des VfS, dessen Mitglieder bald als Kathedersozialisten bezeichnet wurden, gehörten Ökonomen wie LUJO BRENTANO und GUSTAV SCHMOLLER, Publizisten wie OTTO ARENDT sowie weitere Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Zielsetzung des Vereins war es, „auf der Grundlage der bestehenden Ordnung die unteren Klassen so weit [zu] heben, bilden und versöhnen, dass sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus einfügen“.<sup>1</sup>

Demzufolge richtete sich der VfS gleichermaßen gegen die Ideologie des Laissez-faire der Manchesterschule in der Sozialpolitik wie gegen das sozialrevolutionäre Programm des aufkommenden Sozialismus. Indes hatte der Verein eine enorme Bedeutung für die Entwicklung der empirischen Sozialforschung in Deutschland (vgl. GORGES 1980). Um nicht gleichgeschaltet zu werden, löste er sich 1936 freiwillig auf. Bereits 1948 wurde er wiedergegründet. Seitdem konzentriert sich der VfS, dem 1956 der Name „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ hinzugefügt wurde, in 23 ständigen Ausschüssen auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> vgl. die Informationen über den VfS unter [www.socialpolitik.org](http://www.socialpolitik.org) (Stand: 03.04.2013).

<sup>2</sup> vgl. ebd.

Zur Zeit des Kaiserreichs setzte der VfS nicht zuletzt für die gewerbliche Berufsausbildung nachhaltige Reformimpulse. Anvisiert wurde dabei die Institutionalisierung eines dual organisierten Ausbildungssystems und damit ein neues Berufsbildungsverständnis, das weit über den ausbildungspolitischen Horizont der 1870er-Jahre hinausreichte. Das Berufsbildungsthema erhielt sowohl einen pädagogischen als auch didaktischen Akzent (vgl. BÜCHER 1875, S. 157). Diese teilweise empirisch fundierte Position führte im Jahre 1875 zur Verabschiedung weitreichender Beschlüsse über die Reform des Lehrlingswesens (vgl. VfS 1875). Im Kern plädierte der VfS für eine umfassende Änderung des Lehrverhältnisses und dessen normativ-rechtlicher Regelung. Ausschlaggebend dafür war der empirisch abgesicherte Befund über gravierende Defizite der handwerklichen Lehre, die im Kontext der fortschreitenden Industrialisierung offensichtlicher wurden. Jedenfalls markierten die Beschlüsse einen Aufbruch in der Berufsbildungsfrage. So sollte an die Stelle zünftischer Gewohnheiten der obligatorische schriftliche Lehrvertrag treten. Indem dieser Mindeststandards der Ausbildung fixierte, wurde er zu einem Instrument, mit dessen Hilfe neue ausbildungsrechtliche Regulierungs- und Kontrollprinzipien etabliert werden konnten (vgl. PÄTZOLD/WAHLE 2000). Die Option des VfS für obligatorische schriftliche Lehrverträge war zukunftsweisend. Zudem reichten die Lehrlingsbeschlüsse über den bestehenden Orientierungsrahmen der Lehrlingerziehung insoweit hinaus, als sie den Qualifikationsaspekt der Lehre besonders hervorhoben.

Seit Mitte der 1870er-Jahre ging es dem VfS gleichermaßen um die Sicherung eines bedarfsgerechten Qualifikationsniveaus wie um die Integration des Berufsnachwuchses in die zeitgenössische Arbeits- und Leistungsgesellschaft. Dreh- und Angelpunkte der Berufsbildung, auf die der VfS setzte, waren berufliche Kompetenz und Leistungsfähigkeit, ökonomisch-technischer Fortschritt und Arbeit als Erziehungsmittel im Interesse der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die diesbezüglichen Beiträge des VfS basierten auf empirischen Untersuchungen gewerbestruktureller Gegebenheiten. Auf dieser Grundlage wurden Verhandlungen unterschiedlicher Perspektiven von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zur qualitativen Verbesserung der betrieblichen Ausbildung einschließlich ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen geführt. Sie schlugen sich in einer breiten Debatte nieder, deren Besonderheit in der Integration ausbildungs-, wirtschafts- und sozialpolitischer Sichtweisen bestand. Insoweit verweisen die Arbeiten und Aktivitäten des VfS auf zentrale Leitmotive, die bei der weiteren Entwicklung des Selbstverständnisses der Berufsbildungsforschung wichtig waren und deren Charakter die Denkschrift der DFG zur Berufsbildungsforschung von 1990 so pointiert: „Berufsbildungsforschung untersucht die Bedingungen, Abläufe und Folgen des Erwerbs fachlicher Qualifikationen sowie personaler und sozialer Einstellun-

gen und Orientierungen, die für den Vollzug beruflich organisierter Arbeitsprozesse bedeutsam erscheinen“ (DFG 1990, S. 1).

## Berufsbildungsforschung zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur

Die Begriffe Beruf und Arbeit waren ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie. Die propagandistische Aufwertung von Arbeit und Beruf, die Vorgabe von Leitsätzen einer planmäßigen Qualifizierung des Facharbeiternachwuchses als Resultat einer mit dunkelster Ideologie befrachteten Berufsbildungsforschung und die nationalsozialistische Indoktrination des Lehrlings wurden zum übergeordneten Anliegen der NS-Berufsbildungspolitik (vgl. KIPP/MILLER-KIPP 1995; WAHLE 2011). Eine wesentliche Rolle spielten dabei der Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH) und das Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (DINTA).

Der DATSCH wurde im Jahre 1908 durch die gemeinsame Initiative des Verbands Deutscher Ingenieure (VDI) und des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) gegründet (vgl. dazu und zum Folgenden KIPP 2008; KREMER 2009). Unter den insgesamt 50 Organisationen, die dem DATSCH angehörten, waren der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA). Gemeinsam mit dem DATSCH waren diese beiden seit 1925 im Arbeitsausschuss für Berufsausbildung (AfB) vertreten, dem 1926 noch der DIHT und 1927 der Handwerkskammertag beitraten. Seit 1935 war der DATSCH beratendes pädagogisches Organ des Reichswirtschaftsministers in allen Fragen der Facharbeiteraus- und Weiterbildung des technischen Schulwesens. Mit seiner Umwandlung in das Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe im Jahre 1939 wurde aus der anfänglich privatrechtlichen Vereinigung eine staatliche Institution, deren Zuständigkeit sich über alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft erstreckte und damit nicht auf die betriebliche Aus- und Weiterbildung beschränkt war. Mit dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur wurde diese Organisation aufgelöst. Gleichwohl wurde im Nachkriegsdeutschland sowohl institutionell als auch hinsichtlich der Arbeitsschwerpunkte und Ausrichtung an die Tradition des DATSCH vor dessen Umwandlung zum Reichsinstitut angeknüpft, nämlich mit der 1947 in Dortmund gegründeten Arbeitsstelle für gewerbliche Berufserziehung, aus der schließlich Anfang der 1950er-Jahre die Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (ABB) hervorging. Die ABB wurde sodann 1969 mit der Gründung des BIBB aufgelöst.

Das DINTA wurde 1920 in Düsseldorf gegründet. Tragende Akteure waren der Düsseldorfer Oberbürgermeister

# 100 Jahre Ordnungsarbeit



BIBB (Hrsg.)

## 100 Jahre Ordnung in der Berufsbildung

Vom Deutschen Ausschuss für Technisches Schulwesen – DATSCH zum Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB

2008 blickte der „Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen“ (DATSCH) auf 100 Jahre moderne Berufsbildung in Deutschland zurück. Die Broschüre würdigt die historischen Leistungen des DATSCH und schlägt eine Brücke zu zahlreichen aktuellen Herausforderungen, vor denen die berufliche Bildung heute steht. Fragen der Systemgestaltung, der Durchlässigkeit von Bildungswegen, der Kooperation der Lernorte Betrieb und Berufsschule oder der Gestaltung der Ordnungsmittel, mit denen sich der DATSCH erstmalig beschäftigte, haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

BIBB 2008, 112 Seiten.

Die Veröffentlichung steht kostenlos zum Download zur Verfügung unter <http://www.bibb.de/de/50068.htm>

**BiBB**

ROBERT LEHR, der spätere Reichstagsabgeordnete der NSDAP ALBERT VÖGLER als Vorsitzender, PAUL OSTHOLD als erster Geschäftsführer und CARL ARNHOLD, der seit 1921 als Oberingenieur die Einrichtung des Ausbildungs- und Werkserziehungswesens beim Schalker Verein der Gelsenkirchener Bergwerks AG maßgeblich vorangetrieben hat (vgl. dazu und zum Folgenden HINRICHS/PETER 1976, S. 70 ff.). Bis 1933 befasste sich das DINTA vor allem damit, die industrielle Arbeiterschaft mit den Folgen des technologischen Entwicklungsprozesses seit den 1920er-Jahren zu versöhnen. Soziale Integration mithilfe der zeitgenössischen Psychotechnik kennzeichnete das Grundanliegen der DINTA-Arbeit, die sich vor allem auf schwerindustrielle Betriebe im Ruhrgebiet konzentrierte. 1933 wurde das DINTA in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert und benannte sich um in Deutsches Institut für Nationalsozialistische Arbeitsforschung und -schulung. 1935 wurde diese Organisation in das Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF überführt, das von ARNHOLD geleitet wurde. Mit der Niederlage der NS-Diktatur endete auch die Arbeit des DINTA. Allerdings knüpfte ARNHOLD in der Nach-

kriegszeit an dessen Tätigkeit mit der bereits 1930 von ihm gegründeten Gesellschaft für Arbeitspädagogik (GEFA) an. In Fortsetzung seiner Initiativen während der 1920er-Jahre entwickelte das DINTA zur Zeit der NS-Diktatur ein weitreichendes Konzept der Lehrlingsausbildung, bei dem weniger das Handwerk, sondern vor allem der Industriebetrieb im Zentrum stand. Zu den wesentlichen Bestandteilen dieses Konzepts gehörten u. a. die Lehrwerkstattausbildung und der Unterricht in Werkschulen (vgl. PÄTZOLD 1989). Dort sollten strenge Disziplin und Betriebskameradschaft gemäß des berufspädagogischen Leitbilds der NS-Zeit herrschen (vgl. WAHLE 1990, S. 144 f.). Dass sich das DINTA zum Programmgestalter für ideologische Fragen der Berufsausbildung entwickelte, belegen die von ihm seit Mitte der 1930er-Jahre erarbeiteten und kriegsmetaphorisch aufgeheizten Grundsätze wie „Eisen erzieht!“ (1933/36) oder „Wehrhafte Arbeit. Eine Betrachtung über den Einsatz der Soldaten der Arbeit“ (1939) (vgl. PÄTZOLD 1980, S. 238 ff.; PÄTZOLD 1987). Der nationalsozialistische Totalitätsanspruch an die Berufsbildung wurde damit begründet, dass es weniger um die „Heranzüchtung von Spezialisten“ gehe, sondern vor allem darum, dass der Ausbilder ein „Mittler ... für die geistigen Güter der Vergangenheit zu einer größeren Zukunft hin“ sein müsse (ARNHOLD 1937, zit. n. PÄTZOLD 1980, S. 246 f.). Unstreitig, dass hier nicht die geistigen Güter z. B. der Französischen Revolution oder der Weimarer Republik gefragt waren!

In erbitterter Konkurrenz zum DINTA ging der DATSCH durchaus pragmatischer mit der Ausbildungsfrage um. Angesichts des kontinuierlichen technischen Fortschritts stufte er den systematischen und planvollen Erwerb technischen Wissens und fachspezifischer Fertigkeiten als immer wichtiger ein. Mit diesem Anspruch besaßen die 1936 verabschiedeten „Leitsätze für die Anerkennung von gelernten Facharbeiterberufen (Industriehandwerker) und von Lehrberufen“ ein besonderes Gewicht. Sie profilierten nämlich das typischste Zeichen der betrieblichen Berufsausbildung in der Industrie: den Lehrgang in der speziell dafür eingerichteten Lehrwerkstatt (vgl. DATSCH 1937, S. 15). Die Ausbildung war lehrgangsmäßig angelegt und wurde abwechselnd in der Lehrwerkstatt und in verschiedenen Betriebsabteilungen absolviert. Insgesamt waren der betriebliche Ausbildungsprozess bzw. das Lehrgangssystem der industriellen Berufsausbildung zeitlich und sachlich logisch in Form eines geschlossenen Curriculums strukturiert. Es gab also stets festgelegte Ziele, die durch praktisches Üben nach vorliegenden, normgerechten Zeichnungen erreicht werden sollten (vgl. auch den Beitrag von HERKNER in dieser Ausgabe).

Die aus dem Berufsbildungs(forschungs-)Programm von DATSCH und DINTA resultierenden Entscheidungen und Maßnahmen zugunsten eines hoch qualifizierenden (industriellen) Lehrlingswesens stimmten weitgehend mit

den Maximen des NS-Regimes unter kriegswirtschaftlichen Zielen überein. Als Legitimation dienten dabei der technische Fortschritt und die Notwendigkeit der Produktivitätssteigerung im Kontext der Vorbereitungen des Zweiten Weltkriegs. Der Berufsbildung wurde diesbezüglich eine Schlüsselfunktion zugewiesen.

Damit war ein Problem verbunden, das sowohl die Berufsbildungsforschung als auch die Ausbildungspraxis im NS-Staat betraf: Der Prämisse der sukzessiven Modernisierung des Lehrlingswesens und der didaktischen Modernität der Facharbeiterausbildung standen die nationalsozialistische Gesinnungsschulung und damit die ideologische Indoktrination des Berufsnachwuchses diametral entgegen. Dabei blieb die Frage, wem die Kompetenz für die Berufsausbildung zukommen sollte, zunächst offen. Erst mit dem Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe war 1939 eine zentrale Stelle geschaffen, von der aus die gesamte Berufsausbildung gesteuert wurde, sie aber gleichzeitig dem bestimmenden Einfluss der Unternehmerschaft unterworfen blieb.

## Relevante Leitmotive bei der Entwicklung des Selbstverständnisses der Berufsbildungsforschung

Die Aktivitäten des VfS, DATSCH und DINTA auf dem komplexen Gebiet der Berufsausbildung verweisen auf Beruf und Berufsbildung als zentralen Gegenstand. Obwohl dieser mit je spezifischen Fragestellungen, Zugängen, Methoden und Standards bearbeitet wurde, bestand der gemeinsame Ansatzpunkt in der Frage nach der Reform des Lehrlingswesens im Zeichen sich wandelnder gewerbestruktureller, betriebs- und volkswirtschaftlicher, sozialökonomischer und ideologischer Rahmenbedingungen. Damit stand vor allem die bedarfsgerechte wie zukunftsfähige Ausgestaltung des Berufsbildungssystems auf der Tagesordnung. Mit aller Vorsicht und unter Berücksichtigung der jeweiligen historisch-konkreten Kontexte finden sich in den zurückliegenden Beiträgen, Initiativen, ideologischen Legitimierungen sowie ausbildungspolitischen Entscheidungen spezifische Leitmotive, die für die Entwicklung des Selbstverständnisses der Berufsbildungsforschung durchaus relevant sind. Dazu gehören z. B. der Beruf als zentrale Kategorie von Arbeit und Ausbildung, die Schlüsselfunktion des Berufs für den Zugang zu Arbeitsmärkten, für die Einordnung in die Betriebshierarchie und für die tarifliche Eingruppierung, die sozialintegrative Bedeutung des Berufs oder das Erkennen neuer Trends im Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem einschließlich der Entwicklung diesbezüglicher Reformkonzepte. Zudem verweist insbesondere der Zugang des VfS zu dem komplexen (Forschungs-)Feld der Lehrlingsausbildung im Kaiserreich auf den bedeutsamen Standard der Multidisziplinarität der

aktuellen Berufsbildungsforschung. Ein weiteres historisch überliefertes Leitmotiv ist der Anspruch an Politikberatung durch die Berufsbildungsforschung. Damit ist schließlich die Frage nach dem Verhältnis von wissenschaftlich fundierten Impulsen und (ausbildungs-)politischen Realitäten aufgeworfen. In diesem Kontext verweisen die hier thematisierten Beispiele auf ein grundsätzliches Problem, das sich der Berufsbildungsforschung stellt und auf ihr Selbstverständnis einwirkt: das mögliche Ignorieren und die fragwürdige Instrumentalisierung von Forschung durch die Politik. ■

### Literatur

- BÜCHER, K.: [Debattenbeitrag]. In: *Verhandlungen der 3. Generalversammlung des VfS. Leipzig 1875*, S. 157–161
- DATSCH: *Aus der Arbeit der Fachgruppen. In: Technische Erziehung, Heft 12 (1937)*, S. 15 f.
- DFG: *Berufsbildungsforschung an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim 1990*
- GORGES, I.: *Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Königstein/Ts. 1980*
- HINRICHS, P.; PETER, L.: *Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Köln 1976*
- KIPP, M.: *Der Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH): Entstehung – Positionen – Wirkungen. 2008.* – URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/12pr\\_dokumentation\\_datsch\\_vortrag\\_kipp\\_081208.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/12pr_dokumentation_datsch_vortrag_kipp_081208.pdf) (Stand: 03.04.2013)
- KIPP, M.; MILLER-KIPP, G.: *Erkundungen im Halbdunkel. 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1995*
- KREMER, M.: „Der Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen (DATSCH) – Herausforderung für Forschung und Entwicklung“. Rede anlässlich der Ausstellung „100 Jahre Ordnung in der Berufsbildung – vom Deutschen Ausschuss für Technisches Schulwesen – DATSCH zum Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB“ am 12. Januar 2009 in Bonn. 2009. – URL: [www.bibb.de/dokumente/pdf/12pr\\_veranstaltung\\_datsch\\_rede\\_kremer\\_120109.pdf](http://www.bibb.de/dokumente/pdf/12pr_veranstaltung_datsch_rede_kremer_120109.pdf) (Stand: 03.04.2013)
- PÄTZOLD, G. (Hrsg.): *Quellen und Dokumente zur betrieblichen Berufsbildung 1918–1945. Köln, Wien 1980*
- PÄTZOLD, G.: *Zur industriellen Berufserziehung im Nationalsozialismus – „Die Lehrwerkstatt als Exerzierplatz des praktischen Lebens“.* In: FLESSAU, K.-L.; NYSSSEN, E.; PÄTZOLD, G. (Hrsg.): *Erziehung im Nationalsozialismus – „... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!“.* Köln, Wien 1987, S. 83–100
- PÄTZOLD, G.: *Handwerkliche, industrielle und schulische Berufserziehung.* In: LANGEWIESCHE, D.; TENORTH, H.-E. (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. V. 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989*, S. 259–288
- PÄTZOLD, G.; WAHLE, M.: *Berufsbildung im Spiegel von Lehrverträgen.* In: EULER, D. u. a. (Hrsg.): *Sozialökonomische Theorie – sozialökonomisches Handeln.* Kiel 2000, S. 363–379
- PÄTZOLD, G.; WAHLE, M.: *Ideen- und Sozialgeschichte der beruflichen Bildung. Baltmannsweiler 2009*
- VfS: *Beschlüsse über Lehrlingswesen. In: Verhandlungen der 3. Generalversammlung des VfS. Leipzig 1875*, S. 185 f.
- WAHLE, M.: *Werkschulen und Lehrlingsausbildung in der deutschen Industrie.* In: HARNEY, K.; PÄTZOLD, G. (Hrsg.): *Arbeit und Ausbildung – Wissenschaft und Politik. Frankfurt a. M. 1990*, S. 135–150
- WAHLE, M.: *Im Rückspiegel – das Kaiserreich. Modernisierungsstrategien und Berufsausbildung. Frankfurt a. M. 2007*
- WAHLE, M.: *Berufsbildung – Zum Widerspruch zwischen nationalsozialistischer Gesinnungsschulung und moderner Ausbildungspraxis.* In: HORN, K.-P.; LINK, J.-W. (Hrsg.): *Erziehungsverhältnisse im Nationalsozialismus. Bad Heilbrunn 2011*, S. 231–250